Nr. 130. 20. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich M. 1,20, vierteljährlich M. 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wabersky in Hamburg.

Freitag, den 8. Juni 1906.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰ für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaux.
Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg 1.

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Lementzow, Seilerstr. 27, pt. l. Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 72, Eimsbüttel. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbeck bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rotenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbeck, Wandsbeck und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbeck. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Bahrenfelderstr. 140, Ottensen.

Hierzu eine Beilage.

Die Schuldenwirtschaft des Deutschen Reiches.

Mit der von der reaktionären Mehrheit des Reichstages vollbrachten sogenannten „Reichsfinanzreform“ hat man bekanntlich die Idee der „planmäßigen Reichsschuldentilgung“ verbunden. Ernst ist diese Idee kaum zu nehmen. Man hat die Verquickung ohne Zweifel nur zu dem Zweck vorgenommen, um das Abschreckende der neuen Steuerbescherung einigermaßen zu mildern und so auf die oppositionelle öffentliche Meinung beschwichtigend einzuwirken. Kein Mensch, der das System und die Tendenz der Reichsfinanzpolitik kennt, wird glauben können, daß die „Finanzreform“ wirklich darauf berechnet ist, eine Verminderung der Reichsschuldenlast herbeizuführen. Gerade in Rücksicht auf diese „Reform“, die den Steuerzahler einer neuen Schröpfkur unterwirft, ist es lehrreich und interessant, einen Blick auf die höchst eigenartige Entwicklung der Schuldenwirtschaft des Reiches unter Berücksichtigung ihrer Ursachen zu werfen.

Wer bei Gründung des Reiches diese Entwicklung vorausgesagt hätte, würde als „Phantast“ ausgelacht worden sein. Wenn ein Geschäft schuldenfrei anfängt, pflegt man ihm, eine solide Wirtschaft vorausgesetzt, ein gutes Prognostikon zu stellen. In solcher Lage befand sich das Reich bei seiner Gründung vor fünfunddreißig Jahren. Das Geschäft war schuldenfrei. Ja, die Unternehmer verfügten sogar über eine bare Einlage von fünf Milliarden Franks (rund 4000 Millionen Mark) aus der französischen Kriegsentschädigung. Aus dieser ungeheuren Summe ließen sich zunächst nicht nur die sehr hoch einsetzenden und schnell immer höher anschwellenden Ausgaben für militärische Zwecke und sonstige außergewöhnliche Ausgaben für das Reich bestreiten, auch die auf das Reich übergegangenen Schulden des vormaligen Norddeutschen Bundes wurden bis auf 17 700 Mark getilgt. Aber binnen kaum fünf Jahren waren die 4000 Millionen bis auf die 120 Millionen, die auf Grund des Gesetzes vom 11. November 1871 als Reichskriegsschatz — ein nur für einen Kriegsfall und zwar lediglich für Mobilmachungszwecke anzugreifender Barbestand — zurückgelegt worden, verwirtschaftet. Mit den Einnahmen der Post und Telegraphie, den Zöllen, der Zucker-, Salz-, Tabak-, Branntwein- und Biersteuer, sowie den zur Ausfüllung etwa noch verbleibenden Lücken bestimmten Matrikularumlagen — das sind Beiträge der Einzelstaaten nach Verhältnis ihrer Bevölkerung — hatte das Reich seine Finanzwirtschaft begonnen. Die sich einstellenden Läpperschulden wurden im wesentlichen durch Ausgabe unverzinslicher Reichskassenscheine gedeckt. Von vornherein aber hatte man, bei Feststellung der Reichsverfassung, mit der Möglichkeit des Schuldenmachens gerechnet und deshalb im Artikel 73 der Reichsverfassung bestimmt: „In Fällen eines außerordentlichen Bedürfnisses kann im Wege der Reichsgesetzgebung die Aufnahme einer Anleihe sowie die Uebernahme einer Garantie zu Lasten des Reiches erfolgen.“ Die Notwendigkeit, von diesem finanzpolitischen Hülfsmittel Gebrauch zu machen, trat zum ersten Male im Jahre 1875 ein. Es wurde eine Anleihe von 10 Millionen für die Marine und die Postverwaltung aufgenommen. Diese Summe gelangte jedoch erst im Jahre 1878 zur etatsmäßigen Verwendung. Sehr schüchtern trat diese erste Reichsschuld ins Leben. Mit den ungedeckten Kassenscheinen belief sich damals die gesamte Verpflichtung des Reiches auf noch nicht 200 Millionen Mark.

Von dem Zeitpunkt an, wo der Milliardensegen zerronnen war, stellte die Finanzklemme und damit der Anleihebedarf in stetig wachsendem Maße sich ein. Im Jahre 1878 stieg die Reichsschuld von $16\frac{1}{3}$ auf $72\frac{1}{5}$ Millionen Mark, um dann im Jahre 1879 auf nahezu 139 Millionen Mark anzuwachsen. Der Magen des Militarismus erwies sich als immer unersättlicher. Zwar wurden dem Reiche durch die sich auf viele Millionen belaufenden neuen Zoll- und Verbrauchsabgaben, die die unter dem Attentatsschrecken gewählte Reichstagsmehrheit, ein gefügiges Werkzeug in der Hand des leitenden Staatsmannes Bismarck, anstandslos bewilligte, neue Einnahmequellen eröffnet. Aber diese Quellen waren bei weitem nicht ergiebig genug, die sich stetig steigernden Ansprüche der Reichsgewalt für Heer und Marine zu befriedigen. Die Schuldenlast wuchs von Jahr zu Jahr bis 1884 auf 373 Millionen und bis 1887 auf 486 Millionen Mark. Im Jahre 1887 kam eine neue Militärvorlage mit einer erheblichen Vermehrung der Friedenspräsenzstärke des Heeres und der Kostenrechnung dafür. Der Reichstag bewilligte die Forderung nur auf drei Jahre, er wurde deshalb aufgelöst, eine konservativ-nationalliberale Kartellmehrheit zog ein. Die natürliche Folge war neben anderen dem Volke schädlichen Segnungen, eine Zunahme der Reichsschuld in bis dahin unerhörter Progression, nämlich von 486 auf 721 Millionen Mark im Jahre 1888, dem Jahre des Regierungsantritts Wilhelms II.

Aber was bedeutet diese Progression gegenüber der, die nunmehr einsetzte! Unter dem Zeichen der Weltmachtspolitik ging es rasend schnell aufwärts mit der Schuldenlast, im Jahre 1889 stieg sie auf nahezu 884 Millionen, und ein Jahr später war, sozusagen im Handumdrehen, die erste Milliarde überschritten. Nach weiteren fünf Jahren, 1895, erfolgte die Ueberschreitung der zweiten Milliarde. An dieser Steigerung war der Wassermilitarismus der Hauptbeteiligte. Man baute die „Schlachtflotte auf Pump“. Und immer eifriger, immer erfolgreicher waltete Moloch seines Amtes als Schuldenerzeuger. Im verflossenen Jahr, bis Ende November, hatten wir es ausweislich der dem Reichstage bei Beginn der Session vorgelegten „Denkschrift über die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze“ glücklich bis zu einer Reichsschuld von **3 358 863 477** Mark gebracht. Und jetzt beträgt diese Schuld ausschließlich der im April d. J. aufgenommenen Anleihe **3 803 500 000** Mark. Sicherlich wird sie noch im laufenden Rechnungsjahr die vierte Milliarde überschreiten. So hat sich im Laufe von drei Jahrzehnten der „Milliardensegen“ in Schuldensegen umgewandelt. Man ermesse den ungeheuren Abstand zwischen dem Beginn dieses Segens mit 16,3 Millionen Mark im Jahre 1875 und dem gegenwärtigen mehr als zweihundertfach höheren Betrage der Reichsschuld.

Stetig wachsende Steuer- und Schuldenlast — das ist die Signatur des Militarismus, der Molochkultur, daran wir uns erfreuen. Aus detaillierten amtlichen Zifferangaben läßt sich erweisen, daß von den gesamten riesigen Beträgen der Anleihen nur winzige Bruchteile für wirkliche Kulturaufgaben, für „zivile“ Zwecke, verwandt worden sind.

Weitaus das meiste hat die Ausgestaltung des stehenden Heeres und der Marine in Verbindung mit der Weltmachtpolitik verschlungen. Selbst die Ausgaben für die Reichseisenbahnen und für den Kaiser-Wilhelm-Kanal (letztere im Betrage von M. 105 159 561) erfolgten wesentlich aus militärischen Rücksichten. Nach einer Zusammenstellung vom 1. April 1895 waren bis dahin aus den bewilligten Reichsanleihen für die Heeresverwaltung M. 1 254 564 667, für die Marineverwaltung M. 278 771 017, für die Vervollständigung des Eisenbahnnetzes im Interesse der Landesverteidigung M. 158 853 474 und für den Nordostsee-Kanal die bereits oben vermerkte Summe, insgesamt für militärische Zwecke nahezu 1798 Millionen Mark und für alle anderen Zwecke etwa 291 Millionen Mark ausgegeben worden.

Nach den Nachweisungen der vorhin erwähnten Denkschrift sind bis zum Schluß des Rechnungsjahres 1904 aus den Reichsanleihen für Heer und Marine, überhaupt für militärische Zwecke nahezu zwei und eine halbe Milliarde, über 250 Millionen für die Expedition nach Ostasien, über 16 Millionen für die Kolonialverwaltung und über 9 Millionen aus Anlaß der Expedition in das Südwestafrikanische Schutzgebiet (die Kosten für den Aufstand kommen dabei noch nicht in Frage) zur Verausgabung gelangt. Während der ersten zehn Regierungsjahre des jetzigen Kaisers waren für Heer und Marine etwa M. 1700 Millionen Mark mehr aufzubringen, als während der letzten zehn Jahre seines Vorgängers, Wilhelms I.

Ja, das Reichsschuldenwesen hat sogar die Durchbrechung der Reichsverfassung mit sich gebracht. Seit 1902 hat man mehrfach sogenannte „Zuschußanleihen“ aufgenommen, um das Defizit im ordentlichen Etat zu decken. Das widerspricht offenbar dem Artikel 73 der Reichsverfassung, der, wie wir schon erwähnten, bestimmt, daß nur die außerordentlichen Reichsbedürfnisse durch Aufnahme von Anleihen gedeckt werden können; er widerspricht ferner dem Artikel 70 der Reichsverfassung, wonach, so lange Reichssteuern nicht eingeführt sind, die Einzelstaaten zur Deckung eines Fehlbetrages in den gemeinschaftlichen Einnahmen mit Matrikularbeiträgen herangezogen werden müssen, die durch den Reichskanzler auszuschreiben sind.

Wer da glaubt, daß das System der Zölle und indirekten Steuern, daß die jetzt vollbrachte sogenannte „Reichsfinanzreform“ dazu dienen könnte, dem Reichsschuldenelend zu begegnen, ist ein Tor. Wir werden trotz der neuen Steuern, die der Reichstag bewilligt hat, eine weitere Steigerung der Reichsschuldenlast erleben, wenn nicht ein Stillstand und ein Rückgang in den Ausgaben für militärische und weltmachtspolitische Zwecke stattfindet. Daran aber ist vorläufig nicht zu denken. Hinzukommt, daß der mit den reaktionären politischen Gewalten engstens verwachsene, ja, solidarisch verbundene Kapitalismus ein sehr erhebliches Interesse am Bestand und an der Fortentwicklung des Reichsschuldenwesens hat. Denn dieses Wesen gestattet dem privaten Kapital, sich in der Anleihe zu investieren unter der Gewähr einer Sicherheit, die mit der Steuerkraft des ganzen Volkes gegeben ist und so leicht keiner Kapitalanlage in privaten Unternehmungen zu teil wird. Das Volk muß auf dem Wege der Steuerleistung den Gläubigern des Reiches die Zinsen zahlen. Für diese Verzinsung, die Arbeit darstellt, hat das Volk bisher rund **1400** Millionen, nahezu anderthalb Milliarden Mark, aufzuwenden gehabt. Erst durch das Gesetz von 1897 sind die bis dahin vierprozentigen Reichsschulden in dreieinhalbprozentige umgewandelt (konvertiert) worden, wodurch zweieinhalb Millionen Zinsen jährlich erspart wurden. Die damals von den Sozialdemokraten beantragte Erniedrigung der Verzinsung sämtlicher Reichsschulden auf drei Prozent, wodurch einige Millionen mehr erspart worden wären, wurde im Interesse der Kapitalisten abgelehnt, und es wurde beschlossen, daß die dreieinhalbprozentigen Schulden nicht vor 1905 auf einen niedrigeren Zinsfuß gebracht werden dürfen. Das Reichsschuldenwesen ist, wie die öffentliche Schuld überhaupt, ein Mittel, das arbeitende Volk dem Kapital tributpflichtig zu machen. Nimmt man zu den nahezu vier Milliarden Anleihekrediten des Reiches die Schulden der Einzelstaaten mit insgesamt etwa **12181** Millionen Mark, so erhält man eine Vorstellung von der wirtschaftlichen und politischen divergierenden Bedeutung, die dieses Schuldenwesen für das Volk und im Gegensatz zu ihm für die kapitalistische Klasse hat. Dieses Wesen gehört nun einmal zur klassenstaatlichen Ordnung; bestände die Möglichkeit, es plötzlich zu beseitigen, so würde das dem Zusammenbruch dieser Ordnung nahe kommen.

Die Revolution in Rußland.

Die Situation.

Der Petersburger Korrespondent der „Köln. Ztg.“ schildert sie wie folgt: In den Wandelgängen wurde die Lage als sehr kritisch angesehen; man sagte vielfach den Ausbruch großer Agrarunruhen für den Lauf des Sommers und für den Herbst ernste Schwierigkeiten bei der Einziehung der Rekruten voraus. In ähnlichem Sinne besprechen die revolutionären Blätter die Lage schon seit Tagen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man behauptet, daß diese Voraussagen zur Taktik der Sozialisten und der Arbeitergruppe gehören und entsprechend zu bewerten sind. Die Regierung soll eingeschüchtert werden. Natürlich ist dies den anderen Parteien auch nicht unangenehm, da sie hoffen, auf diese Weise schneller zum Ziel zu kommen und sowohl die von der Reichsduma geforderten neuen Gesetze durchzusetzen, wie das Kabinett zu Fall zu bringen. Die Regierung scheint dagegen zur Zeit nicht geneigt zu sein, von der sanften Tonart abzugehen. Sie ist vielmehr, wie ich aus ihren Kreisen erfahre, entschlossen, jeden Konflikt zu vermeiden und den Wünschen der Volksvertretung weites Entgegenkommen zu zeigen. Die nächsten Tage dürften vielleicht schon eine Klärung der Lage herbeiführen.

Die „Voss. Ztg.“ läßt sich aus Petersburg melden: Innerhalb der Kadettenpartei erweitert sich die Spaltung. Ihr rechter Flügel steht mit Graf Heyden, Stachowitsch und Kusmin-Karawajew sowie anderen gemäßigten Fortschrittlern in Unterhandlung wegen Schaffung einer gemäßigten Parlamentsfraktion. Die Gruppe dürfte, wenn sie zu stande kommt, gegen 100 Mitglieder erhalten. Der Anschluß der Polen an sie gilt als wahrscheinlich, da diese sich mehr als konservatives Element entpuppen. In Regierungskreisen scheint man heute geneigter, den Polen beträchtliche Zugeständnisse zu machen. Die Gegnerschaft gegen die Juden ist eher gewachsen.

*

Die Agrarfrage.

Ueber die Agrarunruhen wird dem „Vorwärts“ berichtet: Aus verschiedenen Gegenden der Gouvernements Rjäsan, Tula, Sjaratow Sjamara und vielen anderen wird von mehr oder weniger bedeutenden „Uebergriffen“ der Bauern, „eigenmächtiger Aufteilung von Gutsland“ ꝛc. berichtet.

Viele Gutsbesitzer des Südwestgebietes haben — der „Now. Wr.“ zufolge — sich an Vermittlungsbureau mit dem Ersuchen gewandt: ihre in den Gouvernements Wilna, Minsk und Grodno belegenen Güter fast zum halben Preise gegen Ratenzahlung im Laufe von 50 Jahren an die Bauern zu verkaufen!

Auch die Regierung sucht den Bauern Konzessionen zu machen, und zwar hat sie, wie die „Retoch“ meldet, folgendes „Agrarprogramm“ ausgearbeitet: Die Krone tritt aus ihrem Landbesitz 4 Millionen Desjätinen urbaren Landes und $2\frac{1}{2}$ Millionen Desjätinen Wald ab. Außerdem werden der Krone von Privatgroßgrundbesitzern $3\frac{1}{2}$ Millionen Desjätinen zum Kauf angeboten. Aus diesen Ländereien soll ein Agrarfonds gebildet werden, der durch Vermittlung der Bauernbank an die Bauern verkauft wird. . . .

Wie wenig aber die urplötzliche „Fürsorge“ der Regierung auf die Bauern wirkt, das beweist uns folgende Mitteilung:

Die bäuerlichen Deputierten haben bekanntlich ihren Wählern über den Konflikt mit dem Kabinett telegraphisch Bericht erstattet, und daraufhin haben die Bauern überall Versammlungen abgehalten. Nun treffen bereits die Antworten der Wähler ein. Eine Versammlung von 1500 Einwohnern der Pokrowskaja Ssloboda (Gouvernement Saratow) sandte ihrem Vertreter im Reichstage nachstehendes Telegramm: Mit dem Gefühl tiefster Enttäuschung ist die Antwort der Minister und die Ablehnung der Befriedigung der vom Reichstage aufgestellten Fragen aufgenommen worden. Die Hoffnungen auf eine friedliche Lösung sind vernichtet!“

Daß unter diesen Umständen die russische Regierung schüchterne Annäherungsversuche an die Bauern zu machen beginnt, ist schließlich kein Wunder. Je weiter nämlich die Reichsdumadebatten über die Agrarfrage geführt werden, um so nervöser wird man in den russischen Regierungskreisen, zumal die Reichsdumamitglieder der Bauernpartei ja mit bewunderungswürdiger Zähigkeit an ihren Forderungen festhalten und trotz aller Hindernisse, die ihnen seitens der Regierungsorgane in den Weg gelegt werden, ihre Mitteilungen an ihre Wähler auf dem flachen Lande übermitteln. Vergebens bemühen sich die Post-, Telegraphen-, Gendarmerie- und sonstigen Beamten, die an die Reichsdumamitglieder der Bauernpartei gerichteten Sympathiekundgebungen und die für die Bauern bestimmten Aufklärungen zurückzuhalten oder gar zu unterdrücken. Die Bauern bedienen sich jetzt der sogenannten chodoki („Boten“), die von verschiedenen Dorfgemeinden nach Petersburg entsandt werden, um so eine ununterbrochene und ungestörte Verbindung zwischen der Reichsduma und dem flachen Lande aufrecht zu erhalten!

Da aber der russischen Regierung an einer Annäherung an die Bauern und vor allem an einer baldigen „Verständigung“ mit ihnen sehr gelegen ist, so werden jetzt verschiedene Versuche gemacht, darunter auch solche, die nach dem alten russischen Rezept ausgeführt werden und lediglich ein negatives Resultat ergeben können. Es tauchen nämlich in den Wandelgängen der Reichsduma verdächtige Personen auf, die sich in ziemlich plumper Weise an die Reichsdumamitglieder der Bauernpartei herandrängen, diese in ein Gespräch ziehen, sie von der „Zwecklosigkeit“ ihrer Agrarbestrebungen zu überzeugen und sie für die von der russischen Regierung zur Durchführung beabsichtigten „Agrarreform“ umzustimmen suchen. Da diese Agitatoren immer zudringlicher werden — besonders ein gewisser Jefremow (Ministerialbeamter) — so wollen einige Reichsdumamitglieder der Bauernpartei sich beim Reichsdumapräsidenten beschweren.

Von der Weltbühne.

Sonderbare Weisheit verzapfte Prof. Harnack-Berlin in der von ihm gehaltenen Eröffnungsrede auf dem evangelisch-sozialen Kongreß in Jena, der im selben Hause tagt, in welchem im Vorjahre der sozialdemokratische Parteitag stattfand. Da lag es denn nahe, die Sozialdemokratie zum Gegenstand der Betrachtung zu machen. Herr Harnack förderte darüber folgendes zu Tage:

„Wir erklären, daß wir uns auch durch die Entwicklung der Sozialdemokratie, namentlich durch all das Empörende, das wir mit ihr in den letzten Jahren erlebt haben, in unserer sozialen Haltung nicht irre machen lassen. Wir können wohl begreifen, wenn national und sozial gesinnte Männer sich voll Ekel abwenden und kein Wort von neuen sozialen Forderungen in der nächsten Zeit mehr hören wollen. Ich begreife das, kann es aber nicht billigen. Es hat noch viel zu viel zu geschehen. Das geht uns viel zu sehr an, als daß wir es aus den Händen lassen dürften. Wir beklagen tief, aber können es nicht ändern, daß die Sozialdemokratie durch ihr unpatriotisches Verhalten eine Situation geschaffen hat, in der den Arbeitern als Geschenk gegeben werden muß, was sie in gemeinsamer Arbeit mit uns erringen könnten. Aber an diesem Zustand sind lediglich die schuld, die sich als die einzigen Vertreter der Arbeiterkreise aufspielen möchten.“

Professor Harnack scheint demnach seine Wissenschaft von der Sozialdemokratie aus der Scharfmacherpresse bezogen und sich sonst keine Mühe gemacht zu haben, etwas vom wirklichen Wesen der Sozialdemokratie kennen zu lernen. Das „Empörende“, das er von der Sozialdemokratie weiß, sind offenbar all die Scharfmacherlügen, die Jahr aus Jahr ein von den Soldknechten des Scharfmachertums und von sonstigen Sozialistenfeinden erfunden werden, um die Sozialdemokratie zu verleumden und zu diskreditieren. Aber ein Mann, der das alles für bare Münze nimmt, sollte lieber hinter seinem Studiertisch sitzen bleiben, als offen auf den politischen Kampfplatz zu treten. Die „national und sozial gesinnten Männer, die sich voll Ekel abwenden,“ sind entweder sehr leichtgläubige Toren, die aus dem Klasseninteresse geborene Lügen für die höchste Wahrheit nehmen, oder es sind dieselben Kreise, in deren Klasseninteresse das Lügnergesindel der Scharfmacherfoldknechte ihr schmutziges Handwerk treibt, um neue soziale Forderungen zu hintertreiben im Interesse des Unternehmerprofits.

Wie sehr Professor Harnack selbst im Dunkeln tappt in allen politischen Dingen, beweist seine sonderbare Behauptung, die Sozialdemokratie habe eine Situation geschaffen, in welcher den Arbeitern als Geschenk gegeben werden müsse, was sie in gemeinsamer Arbeit mit „uns“, das heißt doch wohl, mit den besitzenden Klassen, erringen könnten. Wo ist dazu den Arbeitern jemals Gelegenheit gegeben worden? Niemals, weder bevor die Sozialdemokratie bestand, noch seit sie besteht. Im Gegenteil, man hat stets den

Kleines Feuilleton.

Die schnellsten Tiere. Im „Kosmos“, dem trefflichen Handweiser für Naturfreunde, den die gleichnamige Gesellschaft in Stuttgart herausgibt und den sie heute an mehr als 20 000 Mitglieder zur Versendung bringt, lesen wir: Wenn alle Vierfüßler der Erde zu einem Wettlauf zusammenträten, so würde die Gazelle den ersten Preis davontragen, die in der Sekunde 27 m (allerdings nur während kurzer Zeit) zu durcheilen vermag. Dann das Rennpferd mit etwa 25,3 m (Maximalleistung), während der schnellste Hund der Welt, der russische Wolfshund, 25 m in der Sekunde läuft. Für den Rennsport gezogene englische Windhunde machten in der Sekunde 18 bis 23 m. Ein Fuchshund durchlief 4 englische Meilen (à 1609 m) in 360,5 Sekunden, legte also in der Sekunde 18 m zurück; englische Hühnerhunde sollen 25 bis 30 km in der Stunde machen, in der Sekunde mithin 7 bis 8 m, diese Schnelligkeit aber 2 bis 3 Stunden lang aushalten können. Nach Hayes vermögen die halbwilden Eskimohunde stündlich 15 km hinter sich zu bringen, und dieser berühmte Polarfahrer legte selbst im Hundeschlitten 11 km in 28 Minuten zurück. Nach dem Windhunde folgt das Durchschnittsrennpferd mit etwa 1200 bis 1300 m in der Minute; der Hase soll es unter Umständen bis zu 1080 m bringen, während ihm für gewöhnlich bloß 400 m zugebilligt werden. Dann kommen die Giraffe mit 900, der Tiger mit 860, das Rentier mit 850 und der Wolf mit 570 m. Dieser Stammvater des Hundes ist ein vortrefflicher und ausdauernder Läufer; verfolgt oder von Hunger getrieben durchläuft er 80 bis 100 km in einer Nacht, und es gilt als unmöglich, einen ausgewachsenen Wolf auf der Flucht einzuholen. Wölfe verfolgten einen englischen Radfahrer, dem sie auf ebener Landstraße 5 Viertelstunden auf den Fersen blieben, dabei 28 Meilen (engl.) zurücklegend; das sind 36,05 km für die Stunde und 10,01 m für die Sekunde. — Von den Vögeln hält den Rekord unsere Turmschwalbe (Mauersegler) mit rund 494 km in der Stunde (137,5 m in der Sekunde). Ihr am nächsten kommt der virginische Regenpfeifer mit 415 km (115 m); dann folgt der Wander- und Lerchenfalke mit 269 km (74 m). Zum Ueberbringen von Nachrichten abgerichtete Schwalben sollen eine Geschwindigkeit von 240—245 km (67—68 m) erreichen, während der schnellste Brieftaubenflug, den Gätke auf Helgoland beobachtete, 185,5 km in der Stunde (51 m in der Sekunde) betrug. Der Strauß legt, indem er mit den Flügeln nachhilft, in der Sekunde 33 m zurück. — Unter den Fischen ist der schnellste der Delphin, der in der Stunde 37 km (10,29 m in der Sekunde) durchschwimmen kann; in ziemlichem Abstand folgen dann der Lachs mit 24 km (6888 m) und der Hering mit 22 km (6172 m).

Der Kohl im Zolltarif. Auf eine verschiedene Tarifierung von Kohlarten im Zolltarif macht der Verband der Handelsgärtner Deutschlands in einer Eingabe an den Reichskanzler aufmerksam. Es wird darin gesagt: Im Zolltarif vom 25. Dezember 1902 Nr. 33 heißt es unter Küchengewächse, frisch: Rotkohl, Weißkohl, Wirsingkohl M. 2,50 per dz, andere M. 4 per dz, vertragsmäßig frei. Während also für die erstgenannten drei Kohlarten auch von den Vertragsstaaten M. 2,50 Zoll zu entrichten ist, gehen andere Gemüse und Kohlsorten seitens der Vertrags- und meistbegünstigten Staaten frei ein. Das amtliche Warenverzeichnis zum Zolltarif, also das eigentliche Handbuch für die Zollabfertigungsstellen, sagt nun über den Kohl auf Seite 377 folgendes: 1. Rotkohl, Weißkohl, Wirsingkohl M. 2,50, 2. anderer Kohl, z. B. Blumenkohl, Braunkohl, Butterkohl, Grünkohl, Meerkohl, Rosenkohl, Savoyerkohl M. 4, vertragsmäßig frei. Nun ist aber Braunkohl und Rotkohl, Wirsingkohl und Savoyerkohl ein und dasselbe, es sind lediglich verschiedene Bezeichnungen für ein und dieselbe Kohlart! Wenn also Rotkohl als Braunkohl, Wirsing als Savoyerkohl deklariert wird, dann müßte er nach dem amtlichen Warenverzeichnis bei der Einfuhr aus den Vertrags- und Meistbegünstigungsstaaten frei eingehen! In einem großen Teile Norddeutschlands kennt man überhaupt den Wirsingkohl nur unter dem Namen Savoyerkohl, ebenso wie vielfach für den Rotkohl nur der Name Braunkohl gang und gäbe ist. Will man also zum mindesten Unklarheiten und falsche Auslegungen vermeiden, so ist eine Abänderung des amtlichen Warenverzeichnisses nach dieser Richtung hin dringend geboten. Eine solche empfiehlt sich auch für die Bezeichnung „Butterkohl“, die den Gärtnern sowohl als den Landwirten in weit überwiegender Mehrzahl überhaupt unbekannt ist. Der „Butterkohl“ dürfte ein Druckfehler sein, es hat „Blätterkohl“ heißen sollen; sowiel vom Kohl. Uebrigens ist auch die Tarifierung bei anderen Positionen des Zolltarifs nicht immer ganz einwandfrei, so wird beispielsweise „Seemoos“, ein Tierprodukt des Meeres, den Blumen und Blättern der Pflanzen zugezählt. H.

Der Brummbaß unter den Hautflüglern. Einige interessante Ausführungen über diesen sonderbaren Gesellen finden sich im „Kosmos“, Handweiser für Naturfreunde, herausgegeben von der Stuttgarter Gesellschaft gleichen Namens: Im März oder erst im April, je nach Luftwärme und Art, tauchen als Frühlingsboten die schwerfälligen Hummeln im Naturleben unserer heimatlichen Gefilde auf. Die Stammmutter einer jeden Familie ist ein großes Weibchen, das, befruchtet, in einem Schlupfwinkel überwintert. Aus dem Winterschlaf erwacht, fliegt es umher, um einen passenden Brutplatz zu suchen, wobei es zu seiner Stärkung in den ersten Blüten eifrig nach Honig sucht. Aus den von dieser Stammmutter gelegten Eiern entwickeln sich etwa Anfang Mai die ersten Arbeiter, die verkümmerte Weibchen und weit kleiner sind als die Mutter, die Königin. Von Ende Juli ab schlüpfen größere Hummeln aus, die sogen. kleinen Weibchen, die in der Regel nur Männchen- und Drohneneier legen; sie stimmen im Körperbau mit der Königin überein und halten in der Größe ungefähr die Mitte zwischen dieser und den im Bau und in der Körperbekleidung von ihr abweichenden Männchen. Gegen Ende des Sommers entwickeln sich der Stammmutter durchaus entsprechende neue Königinnen, die, nachdem sie von den Männchen befruchtet worden sind, überwintern. Sie allein bleiben von der Familie übrig, alle übrigen, die Stammmutter und die Männchen zuerst, gehen zu grunde. Wie wichtig die Tätigkeit der Immen für die Fremdbestäubung oder Kreuzung der von ihnen besuchten Blüten durch Uebertragung des Blütenstaubes ist, weiß jetzt jedermann; könnten doch zahlreiche Kulturpflanzen ohne die Honig suchenden Insekten überhaupt keinen keimfähigen Samen erzeugen. Als in Australien die Schafzucht einen so gewaltigen Aufschwung nahm, wollten die Großgrundbesitzer Rotklee anbauen, mußten aber den Samen aus England beziehen, da der australischen Flora nebst vielen europäischen Pflanzen die Kleearten fehlen. Der Rotklee gedieh prächtig und lieferte ausgezeichnetes Futter — jedoch stets tauben, unfruchtbaren Samen, so daß man immer wieder neuen keimfähigen Samen aus dem Mutterlande verschreiben mußte. Da entdeckte der englische Oberst Newman die Ursache jenes Uebelstandes in dem Fehlen der befruchtenden Insekten, besonders der Hummeln, die den ersten Platz einnehmen unter der kleinen Zahl von Immen, welche den Klee überhaupt besuchen, um teils Honig, teils Pollen zu sammeln. Man ließ schleunigst aus England Hummeln kommen, die sich sehr gut einbürgerten, und von nun ab trugen die Kleefelder auch in Australien eben so guten, keimfähigen Samen wie in der Heimat. Die australischen Grundbesitzer schützen deswegen die brummenden Hautflügler nach Möglichkeit und bewahren ihre Nester vor Zerstörung; Newman aber erhielt für seine Entdeckung eine Prämie von M. 100 000.

Deutschlands Obstversand nach England. Trotzdem Deutschland seinen Obstbedarf im allgemeinen nicht selbst zu decken vermag und ungeheure Mengen einführen muß, so hat es doch einen nicht unbeträchtlichen Obstversand nach England. England konsumiert von allen Staaten verhältnismäßig wohl das meiste Obst; seine eigene Obstproduktion ist nur gering und es ist deshalb auf den Import angewiesen. Den Massenbedarf von Aepfeln decken die Vereinigten Staaten und Kanada, feineres Tafelobst liefern Frankreich, Niederlande und Belgien, Südfrüchte kommen aus Spanien, Portugal, Italien und der Türkei, die Kanarischen Inseln und Costa Rica liefern Bananen. Aus Deutschland wird zur Hauptsache feineres Tafelobst, dann Beerenfrüchte verschiedener Art, so Heidelbeeren, Erdbeeren und Himbeeren und endlich Pflaumen und Kirschen eingeführt.

Die diesen Versand betreffenden Ausfuhrziffern Deutschlands sind recht schwankend, da die Obsternten keine regelmäßigen Erträge bringen. In den letzten fünf Jahren betrug die Ausfuhr durchschnittlich rund 238 000 englische Zentner (à 50,8 kg). Die größte Ausfuhr fand 1903 mit 462 876 engl. Zentner statt. Daß der Versand aus Deutschland so groß ist, wird vielfach durch die Möglichkeit eines billigen Transportes auf dem Wasserwege bedingt. Manches Obst kann direkt von seinem Pflückort zu Wasser gebracht werden. Eine Ausnahme macht Süddeutschland mit seinen Obstkammern. Das meiste Obst wird aus dem Stromgebiet der Elbe exportiert.

Das nach England gebrachte Obst ist durchweg nur bester Qualität, da für geringere Qualitäten keine Preise zu erzielen sind. Die Verkaufspreise schwanken sehr, da das Angebot ein stetig wechselndes ist. Das Risiko für den Versender wird dadurch nicht geringer, daß der Absatz nach England fast ausschließlich auf dem Wege der Konsignation erfolgt. Das Obst wird ohne vorherige Preisfestsetzung an eine bestimmte englische Firma verfrachtet, die sich selten herbeiläßt, mehr als die Hälfte des mutmaßlichen Preises anzuzahlen. Restzahlung wird erst geleistet, wenn das Obst in London angekommen und auf einer der großen Auktionen in „Covent Garden“ oder „Monument Buildings“ verkauft ist. Von dem dabei erzielten Preise werden die Unkosten in Abzug gebracht, das sind außer der Fracht die Auslagen für Landung, Hinschaffung des Obstes zum Markt, Marktgebühren und schließlich die Kommission im Betrage von 5—10 pZt. rts.

Ueber Blumen-Zwiebelgewächse, die wild und ohne besondere Pflege im Gartenrasen gedeihen, berichten verschiedene Gartenfreunde in der neuesten Nummer des praktischen Ratgebers. Es werden hauptsächlich genannt Schneeglöckchen, Krokus, Scilla, Trauben, Hyazinthen, Narzissen und frühe Tulpen.

Bedingung für das Gedeihen ist eine mäßige Beschattung des Rasenplatzes, ein frischer und kräftiger Boden, auch darf der Rasen nicht zu früh geschnitten werden. — Die Nummer mit dem betreffenden Artikel wird auf Wunsch gratis und franko zugesandt von dem Geschäftsamt des praktischen Ratgebers im Obst- und Gartenbau in Frankfurt a. Oder.